



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039 890

P/IX/29 - 4.2.54

Hinweise  
auf den Inhalt:

Das Nachepiel zur Ollenhauer-Erklärung	S. 1
Wandlungen der KP Frankreichs	S. 3
Spannungen in der Stuttgarter Koalition	S. 4

## Politische Brunnenvergiftung

(sp) Während die Mittwoch-Zeitungen, die mit Vehemenz die Integrationspolitik des Bundeskanzlers befürworten, allgemein zur Viermächte-Konferenz die Auffassung vertraten, der der Praktikationsvorsitzende der CDU, Dr. von Brentano, mit der Feststellung Ausdruck gegeben hatte: Der Plan des sowjetischen Außenministers lasse befürchten, daß die Sowjetunion die Konferenz unter allen Umständen zum Scheitern bringen wolle, wird dieser zweckbestimmte Pessimismus am Donnerstag nur noch von einigen Unentwegten und den Publikationen vertreten, die die Bonner Sprachregelung immer erst 24 Stunden später erfahren. Sie tun es auch, wenn die Situation in der Zwischenzeit bereits eine ganz andere geworden ist. Im allgemeinen steht man der Vierer-Konferenz nun wieder sachlicher oder zumindest abwartend gegenüber.

Die Enttäuschung darüber, nicht weiterverkünden zu können, daß Berlin gescheitert sei, sitzt offenbar so tief, daß man als Ersatz plarmäßig einen in diesem Zusammenhang mehr innenpolitische Bedeutung habenden Konflikt schürt, die SPD in der unglaublichsten Weise diffamiert und sogar Meinungsverschiedenheiten in der Beurteilung der Berliner Konferenz innerhalb der Sozialdemokratie konstruiert. Ausgangspunkt dieser Kampagne ist die Erklärung des SPD-Vorsitzenden, Erich Ollenhauer, vom Montagabend, der den damaligen - das hat sich in der Zwischenzeit bereits herausgestellt - Maximalplan des sowjetischen Außenministers als Verfahrensvorschlag für Friedensvertrags-Verhandlungen kennzeichnete und erklärte, daß ein Beharren auf der EVG die Verhandlungen über die Wiedervereinigung blockieren müßten. Diese Auffassung der SPD ist im Übrigen schon seit Jahren bekannt, denn immer haben die Sprecher der Sozialdemokratie erklärt, daß sie die Wiedervereinigung in Freiheit vorrangig betrachten, während der EVG-Vertrag von der Spaltung Deutschlands als gegebene Tatsache ausgeht, die Bundesrepublik als Nation minderen Rechts behandelt und militärisch nur eine höchst fragwürdige "Sicherheit" bietet.

Die Reaktion der Koalition auf diese bekannte Feststellung Ollenhauers war skurril bis beleidigend. Sie zeigte, daß die Regierungsparteien in ihrem Haß gegen die Sozialdemokratie offenbar

nicht mehr in der Lage sind, sozialdemokratische Stellungnahmen und Verlautbarungen zu lesen und sachlich zu würdigen.

Nun, die Sozialdemokratie lehnt diese böswillige und gefährliche Täuschung der öffentlichen Meinung ab. Die Alternative einer Aufgabe der EVG ist niemals die totale und absolut machtlose Neutralisation des wiedervereinigten Deutschlands. Wenn sich die vier Großmächte über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit verständigen, dann ist der gefährlichste Konfliktstoff, der die internationale Lage belastet, entschärft. Die Frage der Sicherheit Deutschlands kann dann von ganz anderer Plattform aus und im ganz anderen Geiste gelöst werden. Wie bedauerlich ist es doch allein schon, daß den Vereinten Nationen und ihren Möglichkeiten von Seiten des offiziellen Bonn so wenig Beachtung geschenkt wird.

Aber dieses ganze Geschrei über die Neutralisierung verfolgt im Grunde genommen nur das Ziel, atmosphärischer Störfaktor für die Konferenz zu sein, denn Dr. von Brentano, der Wortführer der heutigen Cassandra-Rufer, führte zum Beispiel zu diesem Thema vor der Deutsch-Englischen-Gesellschaft in Königswinter, die vom 17. bis 20. April 1952 tagte, aus:

"Ich glaube, es gibt in ganz Deutschland kaum einen Menschen, der nicht vorbehaltlos bereit wäre, sich für eine Neutralisierung auszusprechen. Ich glaube, es gibt wirklich nur eine Handvoll Narren, die diesem Gedanken nicht zustimmen würden, wenn die Garantie für uns gegeben wäre, daß wirklich diese Neutralität auch anerkannt wird".

Was ist angesichts dieser Ausführungen die Verfälschkampagne der Koalition anders als eine Brunnenvergiftung, wobei sich die SPD nicht etwa mit den Ausführungen des Fraktionsvorsitzenden der CDU von 1952 identifiziert.

Gleiche Absichten politischer Brunnenvergiftungen verfolgt auch der Versuch, Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden SPD-Vorsitzenden oder den sozialdemokratischen Vertretern im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages und der Fraktion in der Beurteilung der Vierer-Konferenz zu konstruieren. Die einmütige Stellungnahme der SPD-Bundestagsfraktion, die sich hinter die Erklärung des SPD-Vorsitzenden vom Montagabend stellte, dürfte dafür Beweis genug sein. Im Übrigen ist es sehr bemerkenswert, daß die Vertraulichkeit der Beratungen im Auswärtigen Ausschuss durch die Regierungsparteien nicht mehr gesichert ist wenn es um Verleumdungen der Sozialdemokratie geht.

Die Fraktion hat die Haltung ihrer Berliner Delegation einmütig gebilligt. Diese Delegation wird auch weiterhin in Berlin im Interesse Deutschlands und der Wiedervereinigung in Freiheit wirken, auch wenn sich der "Industriekurier" nicht entblödet, diese Delegation mit den NS-Vertretungen beim Völkerbund vor 1933 zu vergleichen.

+ + +

New look der französischen KP

G.S., - Paris, Anfang Februar

Kann es als Zufall angesehen werden, daß der kommunistische Vietnam in Indochina eine Offensive an allen Fronten gerade an dem Zeitpunkt einleitet, als Molotow sich in Berlin bemühte, China an den Konferenztisch zu bringen? Sicherlich nicht; Molotow sagte auf diese Weise dem französischen Außenminister, daß Frankreich wirklich kein Interesse daran haben sollte, sich einer Fünferkonferenz zu widersetzen ...

Dieser Schachzug ist ein Teil jener berühmten Strategie und Taktik, die von Lenin eingeleitet und von Stalin vervollkommen wurde. Malenkow bedient sich dieser Lehre, und der sowjetische "new look" ist nur eine verfeinerte Form der gleichen Methode. Im übrigen gilt das nicht in erster Linie für Indochina, sondern für Frankreich. Es ist erstaunlich, welchen Weg die Kommunistische Partei Frankreichs seit einiger Zeit zurückgelegt hat, um als "gesellschaftsfähig" zu erscheinen, vielleicht noch erstaunlicher, welcher Erfolg dieser neuen Strategie und Taktik bisher beschieden war.

Der "salto mortale" der kommunistischen Politik in Frankreich ist bemerkenswert: Die zahlreichen Erklärungen der Kommunistischen Partei, wonach sie bereit sei, mit allen "guten Franzosen" zusammenzuarbeiten, sind auf so fruchtbaren Boden gefallen, daß heute niemand mehr erstaunt ist, führende Gaullisten mit führenden Kommunisten auf der gleichen Rednertribüne zu finden. Ganz und gar nicht erstaunt ist man darüber, daß heute die Kommunisten bestrebt sind, eine Streikbewegung, soweit sie "unvermeidlich" wird, in "vernünftigen Grenzen" zu bewahren. Als auf Initiative der freien Gewerkschafts-Organisationen am 29. Januar ein Protesttag gegen die abnormal niedrigen Löhne veranstaltet wurde, fiel auf, daß der kommunistische Gewerkschaftsverband alles tat, um größere Streikbewegungen zu verhindern. Auf diese Haltung ist es auch zurückzuführen, daß es nicht zu einem 24stündigen Streik in der Pariser Verkehrsgesellschaft kam, wie er von den freien Gewerkschafts-Organisationen gefordert wurde.

Die kommunistische Taktik, die genau auf den sowjetischen "new look" ausgerichtet ist, hat den Vorstand der Sozialistischen Partei veranlaßt, die Parteisektionen und einige führende Sozialisten vor jeder Teilnahme an Kundgebungen mit den Kommunisten zu warnen. Das Hauptziel der Kommunistischen Partei besteht offensichtlich darin, eine Art "Volksfront" wiederaufleben zu lassen, die nicht in erster Linie

sozialpolitische, sondern außenpolitische Zwecke verfolgen soll.

Als auffällig muß es jedenfalls erscheinen, daß in einigen Provinzorganisationen der Kommunistischen Partei Frankreichs jetzt "Säuberungen" durchgeführt werden. Sie betreffen jene Elemente, die den "new look" nicht begreifen. Dieser besteht vor allem darin, die sozialen Probleme hintanzustellen und jene außenpolitischen Fragen in den Vordergrund zu rücken, die eine Grundlage für ein Zusammengehen mit anderen Parteien liefern könnten. Diese Taktik hat Erfolg. So bezeichnet die gaullistische Presse die Kommunisten nicht mehr als "Separatisten", sondern der General und seine Getreuen herausgefunden haben, daß nicht die Sowjetunion, sondern die deutsche Bundesrepublik (und Deutschland im allgemeinen) der "Hauptfeind" ist, ist es schwierig, das Vokabular der gaullistischen Presse von dem der kommunistischen Zeitungen zu unterscheiden.

Die Erfahrung lehrt, daß die kommunistische Strategie und Taktik sich mit den Bedürfnissen der kommunistischen Politik ändert. Bleibt abzuwarten, eine wie große Zahl französischer Parteien und Persönlichkeiten dem "new Look" zum Opfer fallen werden...

+ + +

#### In Stuttgart geht der Kleinkrieg weiter

dr - Stuttgart

In Stuttgart herrscht Ruhe vor dem Sturm. Die nach den Bundestagswahlen ad hoc gebildete All-Parteien-Regierung hat es bisher nicht vermocht, wirklich zusammenzuwachsen. Sie löste die kleine Koalition unter Reinhold Maier ab, ohne den bis dahin oft bewiesenen Mut der guten Zusammenarbeit zu übernehmen. Damals stellte sich die Frage: Gelingt es dem neuen CDU-Ministerpräsidenten Dr. Gebhard Müller, die zwei sich bekriegenden Flügel seiner Fraktion zusammenzuzwingen. Die Frage stellt sich, nach manchen Erfahrungen, noch heute. Zwei Staatsräte aus dem Lager der südbadischen Kämpfer sind zwar ernannt, aber es hat den Anschein als ob dieser Versuch eines Ausgleichs nur den Etat belastet, während der Kleinkrieg weitergeht.

Dr. Gebhard Müller, durch die Übernahme der Ministerpräsidentschaft in seiner Kritik völlig lahm gelegt, muß sehen, daß regieren und Verantwortung tragen schwerer ist als pausenlos und unfundiert anzugreifen. Müller, der sich die Opposition leicht gemacht hatte, muß sehen,

daß seine Saat anders aufgeht als erwartet worden war, Einiges hat sich inzwischen herausgestellt. Diejenigen, die ihm vorgestern jubelten, hielten sein Kompromiß in der Schulfrage für eine Niederlage und gebärden sich entsetzt, daß der Regierungschef von heute für Dinge eintritt, die er gestern als Führer der Opposition bekämpfte. Nun stellt sich der Unterschied zwischen Gebhard Müller, der den Südweststaat auch unter dem Opfer eigener Prestigefragen erhalten und denjenigen, die ihn ganz in ihre Hand bekommen oder aber gar nicht wollten, in seiner ganzen Größe dar. Die Bevölkerung schließlich sieht, daß der starke Mann der Opposition als Regierungschef plötzlich mit Wasser kocht, noch dazu mit "Stuttgarter Wasser". Sie sieht: Da ist etwas anderes herausgekommen, als ihnen die Opposition von gestern erzählte.

Der Regierungseintritt der CDU ist in der Bilanz kein Sieg der CDU geworden. Das weiß Gebhard Müller und das beunruhigt ihn. Er vertraut auf die Zeit und er wünscht Ruhe. Er hat erreicht, daß die Kritik der katholischen Würdenträger an dem Schulkompromiß ruhiger geworden, d.h. auf die publizistisch unwirksame intorne Ebene geschoben worden ist. Reinhold Maier, den er nicht steuern kann, goß aber Öl ins Feuer und stellte so am Rande fest, daß die christliche Gemeinschaftsschule für das ganze Land (also auch für Südwürttemberg) immer noch das erstrebenswerte Endziel sei. Das ist nach Annahme der Verfassung reine Deklaration, aber es verärgert, Reinhold Maier versteht sich darauf. Anzeichen lassen darauf schließen, daß er, wenn seine Fraktion ihm folgte, gern in die landespolitische Opposition gehen würde. Aber die Fraktion ließ den Politiker Maier fallen und folgte dem Manager Hausmann. Und Justizminister Dr. Wolfgang Hausmann hält nichts von Opposition. Da aber bei der FDP von heute mehr Dinge mitspielen, als das kulturpolitische Erbe ihrer Vorgeneration, wird sie dem Manager den Vorrang lassen, soweit nur einige Gewähr für störungsfreie Manöver gegeben ist. Warm allerdings, richtig warm ist die gesamte FDP in der neuen Koalition nicht geworden.

Die härteste Belastungsprobe für die Koalition steht noch bevor. Die SED hat innerhalb der gegenwärtig stattfindenden Etatberatungen deutlich darauf hingewiesen. Es ist die Frage des Verwaltungsaufbaus, noch deutlicher: Des Verwaltungs a b b a u s .

Die Kleine Koalition unter Reinhold Maier hatte ernsthaft damit begonnen. Die Dinge sind jetzt in Vergessenheit geraten. Die SED erinnerte nun daran, daß v i e r Regierungspräsidenten für das Land zu viel sei. Die Regierung solle beschleunigt ein Landesverwaltungsamt anfertigen, indem zu klären sei, ob überhaupt Regierungspräsidenten nötig sind. Die CDU stimmte geschlossen gegen dieses Verlangen, aber der Antrag ging durch. BHE und auch ein Teil der FDP unterstützten ihn. Die SPD will energisch auf den Verwaltungsabbau zamarschieren. Die CDU, die nur leben kann, wenn möglichst alles beim alten bleibt, wird unter der Finte angeblicher Dezentralisation alles tun, die Wasserköpfe zu halten und zu mehren. Den Ausgang des Kampfes bestimmt das Zünglein FDP. Die Allparteien-Koalition aber könnte daran zerbrechen.

Verantwortlich: i.V. Albert Exler